

Bebauungsplan soll Sicherheit schaffen

Etwa 120 Besucher verfolgen im Kreuzauer Rathaus Diskussion und Beschlussfassung über die Niederauer Mühle

VON SARAH MARIA BERNERS

Kreuzau. Etwa 120 Menschen drängten sich dicht nebeneinander in den großen und kleinen Sitzungssaal der Gemeinde Kreuzau. Einige mussten der zweitweise recht hitzigen Diskussion sogar im Flur folgen. Da waren zum einen gut 60 Mitarbeiter der Niederauer Mühle in blauen T-Shirts mit weißem Firmenschriftzug, die mit der Eigentümerfamilie samt Geschäftsführung und Rechtsbeistand in die Ratssitzung gekommen waren, um für die Belange der Papierfabrik einzutreten. Und zum anderen waren Anwohner und die Mitglieder der Bürgerinitiative „Saubere Luft in Kreuzau“ gekommen, die – um weitere Belastungen für die Anwohner zu vermeiden – auf die Änderung des Bebauungsplanes für das Gebiet der Papierfabrik und den Erlass einer Veränderungssperre drängten. Zwischenrufe heizten die Debatte zu Beginn an. „Wir haben als Ehrenamtler rational und frei von Emotionen zum Wohl der Gemeinde zu entscheiden“, sprach CDU-Fraktionschef Ingo Esser deeskalierende Worte.



Laptop, Ratsvertreter und über 100 Besucher im Kreuzauer Rathaus: Mitarbeiter der Niederauer Mühle und Unterstützer der Bürgerinitiative waren Dienstag gekommen, um Beratung und Beschlussfassung zu verfolgen.

Foto: Berners

Schon in den Fachausschüssen und im Hauptausschuss war über die Wirksamkeit des bestehenden Bebauungsplanes diskutiert worden. Der Bestandsschutz der Firma ist – trotz Kritik an vergangenen Entwicklungen – unstrittig. Strittig wird es beim Blick in die Zukunft.

Im Hauptausschuss hatte man sich auf die Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes, eine Veränderungssperre und einen städtebaulichen Vertrag verständigt. Um eine wirksame Veränderungssperre zu erlassen und Baugesuche zurückstellen zu können, müssen jedoch positive Ziele für den neuen Bebauungsplan formuliert werden. Juristen hätten aus Gründen der Rechtssicherheit davon abgeraten, dies kurzfristig in der Ratssitzung zu tun, erläuterte Baudezernent Siegfried Schmühl.

Astrid Hohn, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grü-

nen, wagte dennoch einen Versuch und stellte einen Beschlussvorschlag vor, an dessen Umsetzung Bürgermeister Walter Ramm jedoch juristische Bedenken äußerte. Schließlich beschloss das Kommunalparlament mit einer Enthaltung und den Gegenstim-

„Anwohner werden klagen, wenn die Veränderungssperre nicht kommt.“

**KARL-HEINZ KERN,
BÜRGERINITIATIVE**

men der Grünen-Fraktion und drei Gegenstimmen aus den Reihen der CDU-Mehrheitsfraktion: Für das Betriebsgelände der Niederauer Mühle wird ein neuer Bebauungsplan aufgestellt, um Rechtssicherheit für alle Seiten zu schaffen. Darüber hinaus wird die Verwaltung

beauftragt, kurzfristig Fachgutachten zu Emissionen und Immissionen erstellen zu lassen. Anhand dieser Ergebnisse sollen rechtssichere Planziele für die Aufstellung des Bebauungsplanes und den Erlass einer wirksamen Veränderungssperre formuliert werden. Sobald die Ziele vorliegen, sollen die Fachausschüsse und der Rat beraten. Zusätzlich wurde die Verwaltung beauftragt, mit der Niederauer Mühle einen städtebaulichen Vertrag auszuhandeln, in dem Aspekte geregelt werden sollen, die nicht Gegenstand des Bebauungsplanes sind. Der Vertrag soll nicht einseitig kündbar sein, Änderungen müssten öffentlich beraten werden. Außerdem soll geregelt werden, dass der Vertrag auch von Rechtsnachfolgern, beispielsweise im Fall einer Betriebsübergabe, seine Gültigkeit behält.

Wichtig ist es den Ratsvertretern auch, dass Bürgermeister Walter Ramm die Bezirksregierung auffordert, die Einhaltung der rechtlich vorgeschriebenen Lärmimmissionswerte sicherzustellen.

Eine Veränderungssperre bedeute nicht, dass beantragte Ände-

„Wir rechnen mit Verzögerungen von bis zu zwei Jahren.“

**DR. ERICH ZANDERS,
BERATER DER NIEDERAUER MÜHLE**

rungen der Firma nicht doch genehmigt werden könnten, wenn sie mit den formulierten Zielen vereinbar seien, betonte SPD-Fraktionsvorsitzender Rolf Heidbüchel. Wichtig sei, dass die Politik über Veränderungen entscheiden könne. „Und technologische Fort-

schritte können mit Veränderungen ja auch Verbesserungen bringen“, brachte Professor Erik Meurer (FDP) an.

Für Karl-Heinz Kern, den Sprecher der Bürgerinitiative für Saubere Luft in Kreuzau, hat der Rat eine Chance vertan, schon jetzt „klar Schiff“ zu machen. „Wenn die Veränderungssperre nicht durchkommt, dann werden Anwohner klagen“, sagte Kern nach der Sitzung. „Wir sind keine Rentner, die Arbeitsplätze zerstören wollen. Aber wir wollen, dass die Belastungen für die Bürger nicht noch weiter zunehmen.“

Mit bis zu zwei Jahren Verzögerungen bei zukünftigen Maßnahmen wie Veränderungen und Modernisierungen, die mit dem Bundesimmissionsschutzgesetz verbunden sind, rechnet Dr. Erich Zanders, Berater des Unternehmens, nach dem Ratbeschluss. Denn: Das Kommunalparlament könne immer sein Veto einlegen.